

Spendenaufruf

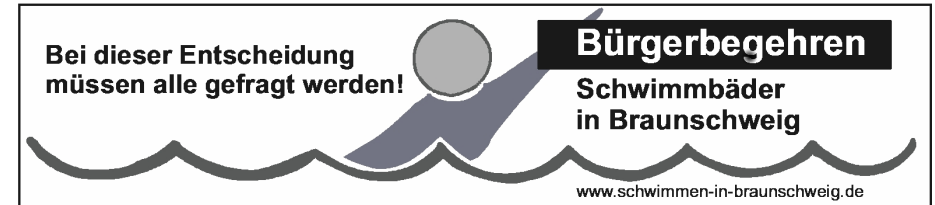
Der Einspruch gegen den ablehnenden Bescheid der Stadt Braunschweig beim Verwaltungsgericht ist eingereicht. Das Gerichtsverfahren kostet Geld.

Wenn jede/r UnterschreiberIn 50 Cent zahlen würde, könnten wir damit die Gerichtskosten bestreiten und unseren Anwalt bezahlen.

Nun werden wir nicht jeden erreichen, daher bitten wir um Spenden von denen, die diese Zeilen lesen und bitte etwas mehr als 50 Cent auf das

**Konto Nr. 150 567 964
bei der Nord LB
BLZ: 250 50000**

Steuerabzugsfähige Spendenquittungen können wir leider nicht ausstellen, allerdings werden wir uns mit einem Schreiben bedanken, wenn eine Adresse auf der Überweisung angegeben wird.



Bürgerbegehren "Schwimmbäder für Braunschweig"

Zusammenfassung und Perspektiven

Vorwort

Ausgangspunkt unserer Überlegungen:

Schwimmen zu können stellt ein unverzichtbares Gut zivilisierter Gesellschaften dar. Insbesondere die sportliche Betätigung des Schwimmens fördert die Gesundheit und das Wohlbefinden. Vor allem kann sie lebensrettend sein. Deshalb sollte möglichst allen Menschen die Chance gegeben werden, zu lernen, sich im Wasser ohne Angst aufzuhalten und sich fortzubewegen, sowie das Gelernte ständig zu üben. Dies gilt für Säuglinge, Kleinkinder, Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Senioren/innen, Hochbetagte, Gesunde, Kranke, Behinderte und Menschen aus anderen Kulturkreisen. Sie alle werden von unterschiedlichen Bedürfnissen aktiviert. Um diesen Rechnung zu tragen, benötigt ein Gemeinwesen ein vielfältiges Angebot von Bade- bzw. Schwimmbädern.

In dieser kleinen Broschüre werden an Hand verschiedener Gesichtspunkte Gründe aufgeführt, die gegen den Neubau eines Bades an der Hamburgerstraße bei gleichzeitiger Schließung vier vorhandener Bäder sprechen.

Wir plädieren dafür, über 24 Mio. € im Sinne der Braunschweiger Seniorinnen und Senioren, Jugendlichen, Kindern und Eltern zu verwenden und nicht arrogant eine Politik gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen!

An dieser Stelle möchten wir uns bedanken bei den vielen ungenannten HelferInnen, die uns unterstützt haben, damit wir über 31.000 Unterschriften abgeben konnten. Wir wollen auch darauf hinweisen, wer uns aus dem politischen Bereich unterstützt hat. Es sind die Bürgerinitiative Braunschweig BIBS, die Linke, die DKP und die Senioren der SPD 60+. Sie haben sich alle sehr aktiv an den Unterschriftensammlungen beteiligt und die Grünen, die prinzipiell Bürgerbegehren und Bürgerentscheide unterstützen und auch im Verwaltungsausschuss für unser Anliegen gestimmt haben. Die FDP, besonders Frau Dr. Christine Blass aus dem Bezirk Bienrode, Waggum, Bevenrode hat uns beim Sammeln der Unterschriften tatkräftig geholfen, allerdings hat uns der Ratscherr der FDP, Herr Kreßner die Unterstützung in der Abstimmung im Verwaltungsausschuss versagt.

Wir bitten alle UnterzeichnerInnen bei der Stimmabgabe zur Landtagswahl im Januar 2008 ihre Wahl gründlich zu überlegen und nur die Kandidaten zu wählen, die auch die Belange der BürgerInnen im Landtag vertreten werden.

Der Fall Dorsten (zitiert nach: <http://baeder.verdi.de/>)

1998/99 stand die Stadt Dorsten vor einer ähnlichen Ausgangslage wie viele andere Kommunen in ganz Deutschland auch heute noch. ...Die Bäderlandschaft... rottete vor sich hin. Bei kontinuierlichem Rückgang der Besucherzahlen wuchsen gleichzeitig die nötigen Zuschüsse aus dem Verwaltungshaushalt. ...Gutachter schätzten zzgl. zu dem wachsenden Zuschussbedarf eine Investition für reine Bauerhaltungsmaßnahmen von mehr als 20 Mio. DM (ca. 10,23 Mio. €). Und das ...würde nicht einmal die Attraktivität der maroden Bäder steigern können. Was also angesichts der angespannten Haushaltssituation insbesondere im Bereich „freiwillige Aufgaben“ und angesichts dieser Anforderungen tun? So lag die reizvolle Idee nahe, sich die Ressourcen, das Know-how und die Dynamik eines privaten Investors und Betreibers nutzbar zu machen. Das hieß: Das neue Freizeitbad in Dorsten sollte in einem PPP-Projekt umgesetzt werden. In einem europaweiten Teilnahmewettbewerb wurde ein Partner gesucht, der ein Freizeitbad mit überregionaler Bedeutung, attraktiver Saunalandschaft und ansprechender Gastronomie bauen und betreiben würde und gleichermaßen zusagte, die sozialen und politischen Anforderungen der Kommune – wie Schul- und Vereinsschwimmen sowie Weiterbetrieb und Sanierung von Freibad und „Freizeitbad“ zu garantieren.

Eigentlich recht schnell führte diese europaweite Ausschreibung zum Erfolg: Die dringend gesuchte, „eierlegende Wollmilchsau“ (so titulierte die Presse) war gefunden und brachte ..alles mit, was die Dorstener Verantwortlichen gesucht hatten. Es gab einen Investor, der nachweisbar Erfahrung in Bäderbau und -betrieb hatte und sogar versprach, Eigenkapital mitzubringen. ... Als Gegenleistung der Stadtverwaltung wurde ein Zuschuss-System vereinbart, das sogar durch Europäische Gremien abgesegnet wurde. De facto verpflichtete sich die Stadt Dorsten zur Rückzahlung eines Bankdarlehens auf 35 Jahre. Aber obendrauf enthielt der dann geschlossene Vertrag noch eine – wie wir heute wissen, höchst unrealistische – Vereinbarung über eine 10%ige Gewinnbeteiligung der Stadt Dorsten. Inzwischen ist klar: Diese Konzeption war von „globalen“ Fehleinschätzungen geprägt. Die Ziele, die der Geschäftsführer der Atlantis Freizeitpark GmbH... sich scheinbar gesteckt hatte, haben aus heutiger Sicht den Beigeschmack von Selbstüberschätzung. ... Zusammengefasst hier einige besonders gravierende Einschätzungsmängel:

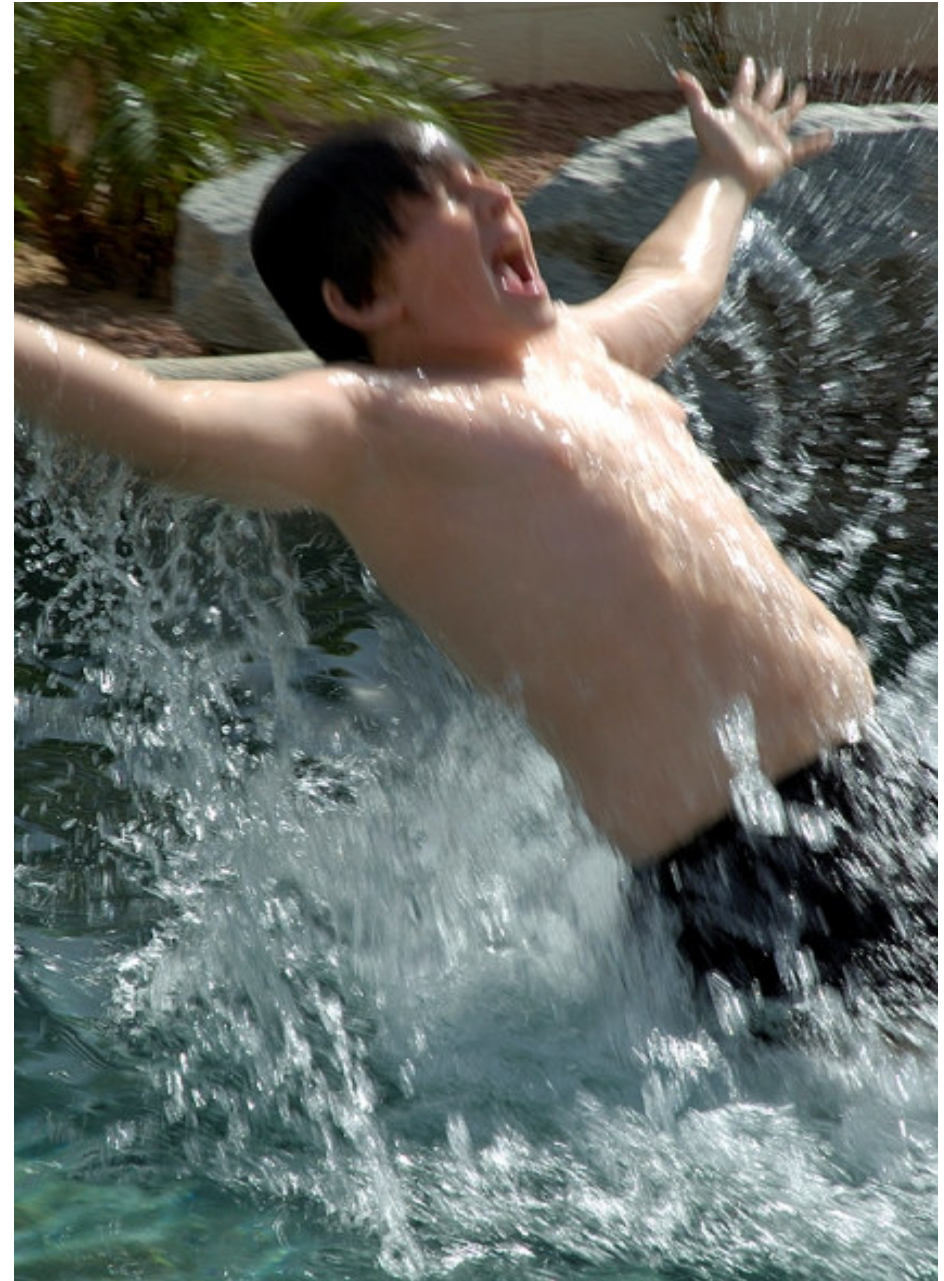
- Kalkuliert wurde mit einem Einzugsgebiet von ca. 150 km. ...
- Kalkuliert wurde mit „4000 Besuchern an Top-Tagen“. ...
- Kalkuliert wurde... mit einer ungeheuren überregionalen Eigenwirkung eines so attraktiven Freizeit- und Erlebnisbades.

... und als es letztendlich zu Zahlungs- und massiven Wartungsstaus kam, war die Insolvenz im Sommer 2004 nicht mehr aufzuhalten. Die Verantwortlichen der Stadt Dorsten zogen die Notbremse, glaubten bis zuletzt wiederkehrenden Beteuerungen des Betreibers endlich nicht mehr und stellten den Insolvenzantrag. Gleichzeitig bestand die Stadt auf dem vertraglich für diesen Fall vereinbarten Heimfall-Anspruch.

PPP

Blickpunkt „PPP“ (public private partnership)

- Der Neubau soll als ein *public private partnership (PPP)*-Projekt realisiert werden. Ein Vorhaben wird ins Spiel gebracht, bei dem ein Investor vor allem Interesse an höherer Rendite hat, nicht an der Befriedigung eines Schwimmbedürfnisses.
- Schon heute ist abzusehen, dass der Ratsbeschluss uns BraunschweigerInnen teurer zu stehen kommen wird. Beispielsweise sollen die Parkflächen rund um das Erlebnisbad privat betrieben werden, was heißt, dass wir dafür bezahlen müssen - zusätzlich zum Eintritt.
- Die Schulschwimmbeförderungskosten werden von jetzt 31.000 € auf 68.000 € jährlich steigen. Ein neues Beförderungskonzept muss erstellt werden, wobei die Verwaltung davon ausgeht, dass nicht mehr alle Schulen Schwimmunterricht anbieten werden.
- So funktionieren eben *PPP*-Projekte: Alle profit-trächtigen Bereiche eines solchen Projekts werden privatisiert und die kostenträchtigen Bereiche von uns über Steuern finanziert. Wir tauchen in der Kalkulation nur als Kunden, Konsumenten auf, nicht als Menschen mit Bedürfnissen nach öffentlicher Daseinsvorsorge und kommunaler Demokratie.



Die Bäder in den Stadtteilen

müssten nicht an Gästeschwund leiden. Sie könnten die Entwicklung gar umdrehen. Allerdings müssten sich die Betreiber der Bäder – also die Kommunen – mehr als bisher den gesellschaftlichen Trends öffnen. Davon ist Armin Koenen überzeugt, Badleiter in Nordrhein-Westfalen und Mitglied im ver.di-Bundesfacharbeitskreis Bäder.

(zitiert nach: http://baeder.verdi.de/veranstaltungen/bundesfachtagung_2007/
interview_baederlandschaft)

Die Bäderlandschaft in Deutschland verändert sich. Was liegt im Trend?

Koenen: Wir beobachten seit einigen Jahren eine Entwicklung hin zum Familien- und Freizeitbad. Das reine Sportbad, das früher das normale Bad war, spielt eine immer geringere Rolle. Es kann aber wieder an Reiz gewinnen wenn man die Entwicklung der Bevölkerung anschaut. Die "rüstigen Rentner" wollen keine Rutsche sondern sich fit halten.

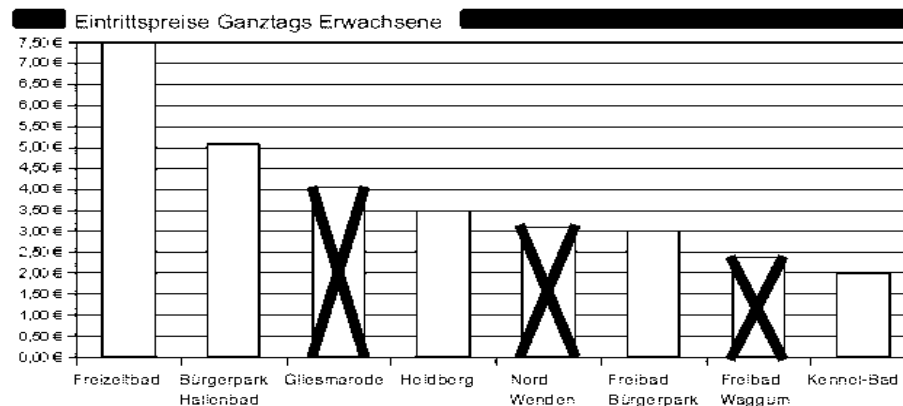
Aber gerade Freizeitbäder klagen über zu wenig Besucher?

Koenen: Es stimmt, die Bäder klagen. Aber objektiv gesehen haben diese Bäder nicht zu wenige Gäste. Und es gibt auch nicht zu viele solcher Bäder. Doch die Wirtschaftlichkeit dieser Bäder wurde lange Zeit deutlich überschätzt. In der Planung der Bäder wurden Gästezahlen zugrunde gelegt, die un-realistisch waren. Da wurde die Situation mit Wunschzahlen schön geredet.

Und die Sportbäder?

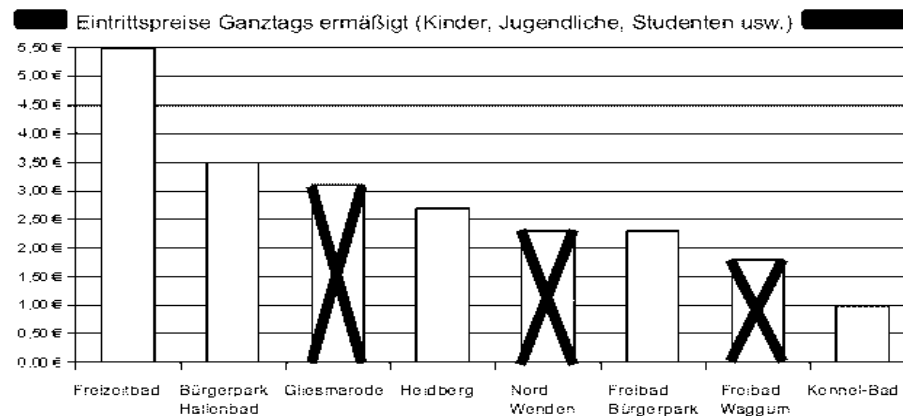
Koenen: Also die klassischen Bäder? Die Besucherzahlen gehen zurück – langsam, aber kontinuierlich. Das hat Folgen. Denn aufgrund der sinkenden Zahl der Badegäste sehen die Betreiber – meist die Kommunen – keinen Anlass, die Bäder gründlich zu renovieren. Das wäre aber meist bitter nötig. Denn viele dieser Bäder sind mittlerweile in die Jahre gekommen. Wird nicht renoviert und modernisiert, dann haben die Bäder zwar dennoch einen gewissen Charme. Das macht sie aber nicht für jeden attraktiv. Vielmehr gehen als Folge der fehlenden Renovierung die Gästezahlen noch weiter zurück. Es ist wie eine Spirale nach unten.

Preissteigerung: Das sollen Braunschweiger in Zukunft zahlen



Wer statt seines geschlossenen Bades das neue Freizeitbad besucht, zahlt soviel mehr:

Gliesmarode:	3,45 €
Nord/Wenden:	4,40 €
Waggum:	5,10 €



Das zahlen Kinder und Jugendliche mehr, wenn sie statt des geschlossenen Bades das neue Freizeitbad besucht:

Gliesmarode:	2,40 €
Nord/Wenden:	3,20 €
Waggum:	3,70 €

Blickpunkt „Energieeffizienz“

- Das neue Bad könnte nach dem neuesten Stand der Technikwissenschaft energieeffizient gebaut werden, behaupten die Befürworter/innen des neuen Zentralbades, wenn nicht Sparmaßnahmen eine kostengünstigere Variante erzwingen.
- Aber auch bei der Renovierung der vorhandenen Bäder könnte auf Energiesparmaßnahmen besonders geachtet werden. Hier könnten neue Modelle mit erneuerbaren Energien zusammen mit heimischen Betrieben ausprobiert werden. Dies würde vorhandene Arbeitsplätze im Braunschweiger Raum sichern oder neu schaffen. Vor allem könnten Braunschweiger Handwerksbetriebe bei Renovierungsmaßnahmen berücksichtigt werden; diese wird kein Großinvestor angehen wollen.

Blickpunkt „verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern“

- Die vier Bäder, die geschlossen werden sollen, erfreuen sich bei vielen Braunschweiger Bürgern/innen und in der Umgebung großer Beliebtheit. Insbesondere Gliesmarode wird als eine „Kostbarkeit der Stadtbad GmbH Braunschweig“ betrachtet. Kritisch wird angemerkt, dass die Stadt es sträflich versäumt hätte, die Bäder zu pflegen und auf den neuesten Stand zu bringen, wie jeder/jede verantwortliche Eigenheimbesitzer/in darauf achtet, dass sein Haus nicht verrottet. Die Bürger/innen sprechen von „sinnloser Vernichtung von Steuergeldern“ und mahnen einen umsichtigeren Umgang mit Steuergeldern an.

Was passiert mit den Bädern? Sie werden geschlossen?

Koenen: Einige wurden tatsächlich schon geschlossen. Andere werden von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich betreut. Alle Achtung vor dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die ihr kleines Stadtteilbad retten wollen und – weil die Schließung droht – in ihrer Freizeit den Badebetrieb organisieren. Aber die Kommunen machen es sich damit sehr einfach. Den Bürgerinnen und Bürgern fehlt das Geld, um das Bad zu renovieren. Sie werden es deshalb schwer haben, den Trend umzudrehen. Es droht weiterhin die Schließung, denn die Zahl der Badegäste wird weiter sinken. Die Kommunen als eigentliche Betreiber sind fein raus: Sie sparen Geld, weil die Bürgerinnen und Bürger die – eigentlich – staatliche Aufgabe ehrenamtlich übernehmen. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen unterm Strich zwei Mal: Einmal in Form von Steuern und ein zweites Mal in Form von Freizeit, nämlich dem ehrenamtlichen Engagement. Und wenn es zu schlecht läuft, kann die Stadt das Bad umso leichter schließen, denn die Kommune hat ja scheinbar ihren guten Willen gezeigt und die Bürgerinnen und Bürger zunächst machen lassen.

Was müsste wirklich passieren?

Koenen: Die bestehenden Bäder müssten wieder attraktiver werden. Das heißt nicht, dass aus jedem Bad ein Spaßbad gemacht werden soll. Aber sie müssen renoviert werden und sie müssen ihr Angebot verändern. Denn die Bäder haben Entwicklungen schlicht ignoriert – den Trend zu Fitness zum Beispiel, zur Entspannung. Fitness spielt inzwischen in fast jedem Alter eine große Rolle. Doch diese Entwicklung geht offenbar an den Stadtteilbädern vorbei. Das ist schade. Denn gerade sie hätten die Möglichkeit, ein spezielles Angebot dazu beizutragen – Wassergymnastik, Gerätetraining im Wasser. Das ist wirksam, aber dennoch sehr schonend für die Gelenke. Doch von allein geht das nicht. Die Kommunen müssten Konzepte entwickeln, die Beschäftigten entsprechend schulen und dann dieses spezielle Fitness-Programm anbieten. Solche Angebote gehören nichts ins Spaßbad, sondern ins Bad um die Ecke – damit regelmäßig trainiert werden kann.

Haben die Bäder entsprechende räumliche Möglichkeiten?

Koenen: Für Wasser-Geräte braucht es nicht sonderlich viel zusätzlichen Platz. Im Gegensatz zu zusätzlichen Entspannungsräumen. Selbstverständlich ist ein neues Angebot davon abhängig, welche räumlichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Aber die Kommunen und damit die Betreiber müssen zumindest alles in Erwägung ziehen, was räumlich möglich ist und die Wünsche der Badegäste trifft. Rein von den räumlichen Gegebenheiten wäre viel möglich.

ErstunterzeichnerInnen des Bürgerbegehrens:

Dr. med. F. Schneider-Sickert (Sportarzt); Uwe Fritsch (Volkswagen BR-Vorsitzender); Gundolf Algermissen (DGB); Horst Anutha (IG BAU); Detlef Kunkel (IGM); Andreas Meisner (Schulleiter IGS FF); Raimund Oehlmann (Schulleiter IGS Querum); Methin Aslan (Tandure); Dr. Regina Olshausen (Kinderschutzbund); Joachim Wrensch (Buchhandlung Graff); Hartmut El Kurdi (Dichter); Thorsten Stelzner (Dichter); Jürgen Dittmann (Vorstand BUND); Prof. Dr. Ernst-August Roloff; Eva Beins; Dr. Eckhart Neander; Wolfgang Klever (Volkswagen Betriebsrat i.R.); Bernhard Schnelle (Vorstand VFB Rot Weiß von 1904); Jochen Jorns (Volkswagen Betriebsrat); Wolfgang Ritmeier (Volkswagen Management Association); Friedrich Knapp; Martin Reinecke (USC Braunschweig)

Wie geht es weiter???

Wir haben gegen die Entscheidung des Verwaltungsausschusses Klage beim Verwaltungsgericht eingelegt. Unser Rechtsbeistand, RA Benno Reinhardt, schätzt unser Erfolgsaussichten als relativ hoch ein. Unser Ziel ist es, nicht in jedem Detail die ablehnenden Argumente der Stadtverwaltung zu widerlegen, sondern die Stadt und die Politik dazu zu verpflichten, ein Alternativkonzept zu entwickeln, in dem die Stadtteilbäder renoviert werden und erhalten bleiben und mit dem anschließend noch vorhandenen Geld ein neues Spaßbad im Westen der Stadt zu bauen. Wir fordern die Stadt nicht dazu auf mehr Geld auszugeben oder den städtischen Anteil am jährlichen Defizit der Stadtbad GmbH zu erhöhen! Wir fordern ein neues Konzept!!

Wer regelmäßig in die Sauna geht und dazu noch schwimmen möchte, wird sich nach Alternativen umsehen müssen. Das Sportbad Heidberg wird überlastet werden, wahrscheinlich werden die Preise dort bald auch kräftig angehoben, um die Besucher/innen ins Erlebnisbad zu locken.

Blickpunkt „Jährliche Zuschusskosten“

- Die von der Stadtverwaltung bzw. der Stadtbad GmbH vorgelegten Schätzungen operieren mit 100 % mehr zu erwartenden Besucherzahlen. Niemand kann zurzeit verlässlich voraussagen, wie die Bäder zukünftig genutzt werden, dies vor allem auch auf dem Hintergrund der in der Region neu geplanten Freizeit- und Erlebnisbäder.
- Der von der Stadt zu organisierende Bustransfer zu dem Zentralbad wird viel Geld kosten, das bislang nicht bei den jährlichen Betriebskosten eingerechnet worden ist.

Blickpunkt „Personal“

- Von Seiten der Geschäftsführung der Stadtbad GmbH wurde mitgeteilt, dass alle Beschäftigten der Stadtbad GmbH wie-erhin ihre Arbeitsstelle behalten würden. Vorsorglich wären bereits befristete Arbeitsverträge geschlossen worden (!!!). Der Stellenschlüssel beträgt z. Zt. 100, nach Fertigstellung des neuen Bades werden es 8 Stellen weniger sein. Der Erhalt und die Renovierung der vorhandenen Bäder kann somit als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme betrachtet werden, da in 6 Bädern und dem Freibad Waggum mehr KollegInnen arbeiten werden, als in geplanten 3-Bädern.
- Es besteht die Gefahr, dass im neuen Bad durch Auslagerungen von Betriebsteilen, es zu neuen Arbeitssituationen kommen kann und damit auch zu neuen Tarifverträgen mit niedrigerem Lohn und verlängerten Arbeitszeiten.

Kosten

Blickpunkt „Investitionskosten“

- Der Erhalt und die Renovierung der bestehenden Bäder sowie die Errichtung eines neuen Bades im Westen von Braunschweig sollen sich im Rahmen der für den Neubau an der Hamburger Straße vorgesehenen Kosten bewegen. Das bereits für 4,5 Millionen Euro gekaufte Grundstück sollte anderweitigen städtischen Nutzungen zugeführt werden, das Geld sollte in den „Schwimmbadgeldtopf“ zurückfließen.
- Die für den Neubau des Bades an der Hamburger Straße vorgesehenen Kosten könnten sich wesentlich erhöhen, sollten sich Schwierigkeiten mit dem kontaminierten Baugrund ergeben.

Blickpunkt „Eintrittsgelder“

- **Schwimmen:** Der Normaltarif wird im neuen Bad teurer sein als in den vorhandenen Bädern. Die Tageskarte wird mehr als doppelt so teuer wie im Hallenbad Wenden und Nordbad, 85% teurer als im Badezentrum Gliesmarode und 150% teurer als im Bürgerbadepark sein.
2 – Stunden Zeitbegrenzung wird moderat teurer werden,
1 – Stundenzeitbegrenzung wird billiger werden -aber wer schafft in einer Stunde An- und Ausziehen, Duschen, Schwimmen und die Wege zwischendurch?
- **Saunieren:** Hier wird kräftig zugelangt.
2 – Stundenzeitbegrenzung wird bereits um 2-3 Euro teurer, aber wer schafft in dieser Zeit in dem weiten Bereich An-, Ausziehen, Duschen, 3x Saunieren, Ausruhen und evtl. noch Schwimmen? Dann wird doch die Tageskarte fällig, die 5-6 Euro teurer sein wird. Der versprochene Rabatt wird sich in Grenzen halten, denn die Sauna soll die Unterhaltungskosten des geplanten Bades wesentlich mit abdecken.

Stellungnahme zum geplanten Bau eines Spaßbades in Braunschweig.

von Prof. Dr. Reiner Hildebrandt-Stramann (TU Braunschweig, Seminar für Sportwissenschaft und Sportpädagogik)

Der geplante Bau eines Spaßbades folgt einem Trend, der in der bewegungskulturellen Diskussion als „Ästhetisierung von Bewegungsräumen“ bezeichnet wird. Damit verbunden ist – wie auch in Braunschweig – ein zweiter Trend, nämlich die Vernichtung potentieller Bewegungsräume (hier: die Schließung vorhandener Schwimmbäder), die weit reichende Konsequenzen für eine milieunahe Bewegungsraumversorgung hat. Auf beide Aspekte will ich kurz eingehen.

Der Vorgang der Ästhetisierung der Bewegungsräume lässt sich besonders anschaulich an dem allmählichen Wandel der Schwimmbäder aufzeigen. Über Jahrzehnte war der Bade- und Schwimmbetrieb in den öffentlichen Bädern in rechteckige kantige Einheitsbeton- und Einheitsfliesenbecken eingezwängt, deren einheitskaltes Wasser sich in Bahnen abteilen ließ, die von Bademeistern streng bewacht wurden. Damit war garantiert, dass Schwimmabteilungen und Schwimmvereine in diesen Becken trainieren und z.T. ihre Wettkämpfe austragen konnten. Das Interesse einiger Wettkampfschwimmer kam nicht in Konflikt mit den Bade- und Schwimmwünschen der übrigen Bevölkerung. Etwas zugespitzt war Schwimmen gleichbedeutend mit kaltem Wasser, in dem man sich nicht allzu lange aufhielt und in dem man sich schnell bewegen musste, um keine Unterkühlungen zu erleiden.

Die Konsequenz dieser Situation war – wie wir wissen – ein rapider Rückgang der Besucherzahlen. Auch wenn die Badbetreiber das Wasser erwärmten, die Menschen konnten sie für einen Besuch solcher Schwimmbäder nicht erwärmen: Solche klassischen Schwimmbäder waren und sind unattraktiv geworden.

Heute hat sich die Situation verändert. Die Schwimmbadbetreiber verwandeln immer häufiger den kargen „Anstaltscharakter“ in erlebnisaktive Räume, in denen Badespass und

Badelust zum Thema werden und dadurch das Wasser mehr als nur kalt ist. Es plätschert in allen Temperaturen. Es prickelt, strömt, wirbelt, blubbert, whirrt, wärmt, massiert, umschmeichelt, quirlt und zischt. Man fühlt sich an Grillparzers Reime erinnert: „Des Wasser Art ist eben so, Zeigt nicht nur ein Gesicht, Die ganze Welt ist dessen froh, Und ich auch grolle nicht“. Das Schwimmbad hat sich zu einem „locus amoenus“ verwandelt. Im Gegensatz zu dem geplanten Bad in Braunschweig suchen in den meisten Spaßbädern die Sportschwimmer die Möglichkeit zum Üben einer Saltowende vergeblich. Sie ist in einer solchen Ambiente der Erlebnisorientierung, der hedonistisch bestimmten Selbstwahrnehmung nicht länger mehr vorgesehen, und sie wird von der Mehrzahl der Besucher nicht vermisst.

Insofern folgt der Spaßbadbau eindeutig auch einem breiten Bedürfnis der Wasserbesucher. Von daher kann man dem Bau eines solchen Bades nur zustimmen. Wäre da nicht die andere Seite der Medaille. Diese andere Seite betrifft die Schließung vorhandener Schwimmbäder. Diese andere Seite folgt auch einem Trend, der etwas mit der Vernichtung wohnortnaher Bewegungsräume zu tun hat und der hauptsächlich zu Lasten der Bewegungsentwicklung der Kinder geht. Die zur Schließung anstehenden Schwimmbäder sind seinerzeit mit der Absicht gebaut worden, die Stadtteile und damit auch die Schulen wohnortsnah mit Schwimm- und Badegelegenheiten zu versorgen (die gleiche Argumentation galt für den Bau von Sporthallen). Das war zumindest die Begründung in einem Investitionsprogramm der Regierungen (der sog. „goldene Plan“ zur Versorgung der Bevölkerung mit Sportstätten und Schwimmbädern) in den 60er und 70er Jahren. Diese Absicht galt u.a. die Für(sorge) um die Bewegungsentwicklung junger Menschen. Auch diese Situation hat sich heute verändert. Eine Folge der Urbanisierung ist die „Unwirtlichkeit“ unserer Städte, wie das Mitscherlich schon 1965 beklagt hat. Damit meint er u.a. den

herstellung. ...

Gerade in Zeiten, wo das Geld im Stadtsäckel knapp ist - also immer - hat die Stadt in ihrer Verantwortung für ihre Bürger dem Sport und hier dem Schwimmen als Freizeit- und Gesundheitssport den Vorzug gegenüber dem „Spaß“ zu geben. Wir leben angeblich bereits in einer Spaßgesellschaft: ein Spaßbad ist modisch, aber wohnungsnahe Schwimm-(sport)-möglichkeiten sind wichtiger. ...

Wir haben heute das Problem, dass immer mehr Schüler motorische Defizite zeigen, dass inzwischen binnen vier Grundschuljahren die Zahl bewegungsgestörter, übergewichtiger Kinder um 50 % ansteigt. In Niedersachsen haben jetzt schon über 50% der Erwachsenen Übergewicht: Deshalb ist so wichtig, an einen Sport heranzuführen, der bei entsprechendem Angebot an wohnortnahen Bädern auch in der Freizeit, später nach Schulende in Eigeninitiative und spontan im Freundes- und Familienverband betrieben werden kann und gesund ist.

Unterstützt durch gesicherte, wissenschaftliche Studien fordern wir Sportmediziner seit Jahren die Tägliche Schulsportstunde; stattdessen wurde jetzt die dritte Wochenstunde Sport abgeschafft. Der Gesetzgeber in Niedersachsen hat vorgegeben, dass die weiterführenden Schulen Schwimmunterricht anbieten: Schon jetzt können die Braunschweiger Lehrer dem Gesetz nicht nachkommen. Die Situation wird sich nach Schließen der 3 weiteren Bäder dramatisch verschärfen.

Die sportmedizinische Bedeutung des Schwimmens wird in Betracht der sog. Gesundheitsreform und einer alternden Bevölkerung noch zunehmen; ich warne daher vor dem Bevorzugen des Spaßes statt einer flächendeckenden Schwimmbad-Landschaft. Hier droht in Braunschweig zu Lasten der Gesundheitsvorsorge ein nicht wieder gutzumachender Fehler aus möglicherweise modisch-optischen Motiven.

Der Erhalt der Bädervielfalt ist soziale Verpflichtung, und ein Schließen zugunsten des repräsentativen Neubaus ließe sich durch nichts entschuldigen.

Die Ratsmitglieder sollten ihren Wählern später genau erklären können, warum sie sich gegen oder für die Stadtteilinteressen, eventuell für Spaß statt Gesundheitsförderung entschieden haben.

Dr. Frank Schneider-Sickert Präsident Sportärztebund Niedersachsen

Gesundheit

Blickpunkt „Freizeitschwimmen als wichtige Ressource der Gesundheitsförderung für Bürger/innen“

➤ Freizeitschwimmer/innen wird nach vorgelegtem Plan Bahnschwimmen offenbar nur am Wochenende zugewiesen; „schnell mal schwimmen zu gehen“ wird so kaum möglich sein. Die breite Masse der Bevölkerung wird sich beim gesundheitsfördernden Schwimmen stark einschränken oder lange Wege zurücklegen müssen.

Kindern und Jugendlichen sollten viele Möglichkeiten zum Bewegen, zum Toben, zum Springen und Ballspielen insbesondere im Wasser wohnortnah und in überschaubaren Räumlichkeiten geboten werden. Daher setzen wir uns für die „Stadt der kurzen Wege“ ein: Bäder sollten in fußläufiger und fahrradfreundlicher Entfernung angesiedelt sein. Ein neues Bad im bevölkerungsreichen Westen der Stadt schließt eine bislang vorhandene Badeortlücke.

Leserbrief an die BZ von Dr. Schneider-Sickert zum Artikel „Freizeitbad an der Hamburger Straße“ 1.2.2007 Spaß statt Gesundheit?

Drei weitere Stadtteilbäder sollen in Braunschweig geschlossen werden, um Geld zu haben für ein „Spaßbad“. Als Ergebnis jahrelanger Reparaturversäumnisse erklärt man jene Bäder für zu kostspielig, so wie man aus gleichem Grund bereits das Sackring-Bad abgewickelt hat. Vielleicht wenig bekannt ist, dass auch die Universität Braunschweig wegen hoher Reparaturkosten ihr Schwimmbad geschlossen hat.

Als Sportmediziner möchte ich warnen: Der Rat der Stadt sollte nicht nur abwägen, was attraktiv ist und „betriebswirtschaftlich Sinn“ macht: Hat die Stadt nicht eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren Bürgern und gerade gegenüber ihren „Randgruppen“, zu denen die Jungen, Behinderte und Alten zählen? Besonders diese profitieren von wohnungsnaher Schwimmmöglichkeit, wie jeder Besucher der Bäder bestätigen kann.

Der hohe Wert des Schwimmens für die Gesundheit ist bewiesen: keine Vorbereitung, keine Vereinsmitgliedschaft, keine großen technischen Kenntnisse sind Voraussetzung. Zurecht gilt das Schwimmen sportmedizinisch als eine der besten Freizeit/Sportmöglichkeiten: Es ist Gesundheitssport schlechthin, bietet Vorbeugung und Wieder-

Verlust an Lebensqualität in den Städten. Zur Lebensqualität gehört für Kinder und Jugendliche der informelle und formelle Bewegungsraum einer Stadt. Vor allem der informelle Bewegungsraum ist einer funktionalistischen Stadtentwicklung weitestgehend geopfert worden. Zug um Zug bzw. Jahr für Jahr mehr geht es jetzt auch dem formellen Bewegungsraum an den Kragen. Der Abbau wird mit fehlenden finanziellen Mitteln zu seiner Sanierung begründet. Als Bewegungspädagoge sehe ich diese Entwicklung durchaus kritisch. Bewegung muss in den Lebensalltag der Menschen, und zwar aller Schichten, integriert werden, wenn ich will, dass Menschen sich bewegen sollen. Dazu benötigen sie in einer technisierten Welt, die uns Menschen überall dort, wo es möglich ist, eigentlich Bewegung abnimmt, wohnortnahe Bewegungsgelegenheiten, deren Benutzung nichts kostet bzw. gerade für Kinder finanziell erschwinglich ist.

Aus dem Gesagten ergibt sich für mich nur eine Konsequenz: Es macht durchaus Sinn, ein Spaßbad zu bauen. Damit liegt man im Trend der bewegungskulturellen Entwicklung. Es macht aber keinen Sinn, im Gegenzug die kleinen, wohnort- und schulnahen Bäder zu schließen. Damit befördert man eine Stadtentwicklung, die sich gegen die Bedürfnisse ihrer Bürger nach einem wohnortnahen Bewegungsangebot richtet. Es liegen durchaus plausible Berechnungen vor, die belegen, dass ein z.B. ohne den Sportschwimmbereich abgespecktes Spaßbad und eine Sanierung der vorhandenen Bäder im vorhandenen finanziellen Kostenvolumen liegen. An den finanziellen Mitteln kann es also nicht liegen. Allerdings muss ich bei all diesen Überlegungen anmerken, dass sich durch eine vor allem bauliche und technische Renovierung der vorhandenen Bäder deren Attraktivität nicht erhöhen wird. Hier sind pfiffige Angebote zu entwickeln, die die Menschen zu bezahlbaren Preisen auch in diese Bäder lockt. Beispiele hierfür gibt es genug.

Raumplanung und Daseinsvorsorge

Blickpunkt „Zentralisierung versus Regionalisierung“

➤ Die in den verschiedenen Stadtteilen angesiedelten Bäder sind in ihre jeweiligen Standorte eingebunden; sie bieten neben Bademöglichkeiten auch Begegnungs- und Kommunikationsstätten. Sie tragen dazu bei, dass auf der Basis gemeinsamer Betätigungen, sei es nun Schwimmen, Saunieren oder andere Aktivitäten, alte Gemeinschaften und Gruppierungen sich festigen oder neu bilden. Der Aufbau solcher sozialer Bindungen wird durch überschaubare Räumlichkeiten gefördert. Große, weite, verzweigte Örtlichkeiten unterstützen Anonymität; Der Aufbau engerer sozialer Beziehungen und Gruppenbildungen wird erheblich erschwert.

Blickpunkt „Fürsorgepflicht und soziale Verpflichtung der Stadt gegenüber ihren Bürger/innen insbesondere gegenüber Randgruppen“

➤ Insbesondere das Nordbad bietet von der gesamten Anlage her (Größe und Art des Schwimmbeckens, Einbettung in das Umfeld für Eltern mit kleinen Kindern, Behinderte, Senioren) ideale Möglichkeiten zum Erleben von und zum Bewegen im Wasser.

➤ Die vorhandenen Bäder sind nicht nur "Schwimm-anstalten". Sie sind Treffpunkte im Stadtteil, Kommunikationsorte für Jung und Alt. In Gliesmarode ist eine Begegnungsstätte angegliedert, die vor allem von Senioren genutzt wird, in Wenden ist aktuell ein Jugendtreffpunkt hinzu gekommen, in Waggum trifft sich die gesamte Vereinskultur im Sommer im Freibad und nicht zu vergessen die Schwimmbad-Gaststätten, in denen man sich sieht, speist oder auch Skat bzw. Doppelkopf spielt.

Schulschwimmen

Blickpunkt „Schwimmaus- und fortbildung“

➤ Das geplante Bad wird eine geringere Anzahl von Schwimmbahnen mit einer Länge von 25m aufweisen als die vier vorhandenen Bäder zusammen. Die Bahnen liegen eng nebeneinander in einem Gebäudetrakt. Auf 6 bzw. 8 Bahnen wird Parallelunterricht mehrerer Schulklassen, Ausbildungsinstitutionen und Vereine stattfinden. Dies stellt die Ausbilder/innen und Lehrer/innen vor eine äußerst angespannte Unterrichtssituation und lässt kein vernünftiges pädagogisches Arbeiten zu.

➤ Eine Reihe von Schulen und Vereinen werden mit schwierigen und umständlichen Anfahrten zur Trainingsstätte konfrontiert werden.

➤ Schulen und anderen Institutionen sollte Schwimmunterricht nicht erschwert, sondern erleichtert werden, um ihrem pädagogischen Auftrag Folge leisten zu können. Das heißt, verschiedene Schwimmbäder sollten in der Nähe von Schulen und Vereinen angesiedelt sein.

Umfrage

In einer nicht repräsentativen Umfrage haben wir SportlehrerInnen und Schulleitungen befragt, wie sich das Schulschwimmen in Zukunft, wenn das neue Bad in Betrieb ist und die Stadtteilbäder geschlossen sind, verändern wird?

In den überwiegenden Antworten wurde befürchtet, dass es in Zukunft ungleich schwerer werden wird, Schwimmunterricht in ausreichendem Umfang anzubieten. Als Hinderungsgrund wurden vor allem die weiten Wege genannt. Nur in Randstunden sei es sinnvoll das neue Bad aufzusuchen. Außerdem wurde die unzureichende Anzahl von Schwimmbahnen bemängelt, da im neuen Bad nur die 4 äußeren Bahnen, des 8 Bahnen umfassenden Lehrbeckens sicher im Unterricht zu betreuen sind.